

Grüner Kapitalismus und die Agenda 2030

Eine kritische Diskursanalyse kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien

Sarah Beyer

Mit der Agenda 2030 wird aktuell global auf verschiedenen politisch-administrativen Ebenen ein ökomodernistisches Rahmenwerk implementiert, welches den multiplen sozial-ökologischen Krisen begegnen und eine weltweite Transformation vorantreiben soll. Sie wurde 2015 von den Vereinten Nationen (UN) verabschiedet und gilt als der bis dato umfassendste politische Vorstoß zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung (Eisenmenger u.a. 2020). Grundlage der UN-Resolution ist ein Ergebnisdokument mit dem Titel »Transformation unserer Welt: Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung« (Vereinte Nationen 2015). Kern der Agenda sind die 17 Sustainable Development Goals bzw. nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), welche bis 2030 erreicht werden sollen und neben ökologischen Zielen wie »Maßnahmen zum Klimaschutz« (SDG 13) und sozialen Vorgaben wie »Keine Armut« (SDG 1) auch explizit wachstumsorientierte Zielsetzungen wie »Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum« (SDG 8) beinhalten. Aufgrund der wachstumsorientierten Ziele wird die Agenda 2030 in diesem Beitrag als Bestandteil, bzw. politisches Projekt, eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts aufgefasst.

Mit SDG 11 »Nachhaltige Städte und Gemeinden« rückt zudem die lokale Ebene als zentraler Handlungsraum der Agenda 2030 in den Vordergrund. Dies reiht sich ein in eine Momentum, in dem Städte zunehmend als Schlüsselorte für die Umsetzung einer nachhaltigeren Zukunft betrachtet werden (Angelo/Wachsmuth 2020; siehe Beitrag von Melissa Büttner und Anke Kläver in diesem Band). Auch in Deutschland wird die Agenda 2030 auf kommunaler Ebene durch Stadt- und Gemeinderatsbeschlüsse aufgegriffen und implementiert. Im Mittelpunkt dieser Prozesse steht die Entwicklung und Umsetzung lokal angepasster Nachhaltigkeitsstrategien, die auf eine Umsetzung und Erreichung der SDGs abzielen. Mit welchen Diskursen und Narrativen diese kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien gefüllt werden, beeinflusst nicht nur die städtischen Transformationsvorhaben, sondern wirkt sich – so die Argumentation dieses Artikels – auf die Ausgestaltung und mög-

liche Verfestigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts aus. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, wie staatliche Akteure, und hier im Besonderen Stadtverwaltungen und -politik, die sozial-ökologische Krise aktuell interpretieren und welche Lösungsmöglichkeiten sie sehen. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit Städte und Kommunen über die Implementierung der Agenda 2030 zur Verfestigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts beitragen. Das zentrale Ziel dieser Arbeit ist zu verstehen, ob und wie Stadtverwaltungen und -politik versuchen, spezifische Krisen- und Lösungsnarrative zu etablieren, hegemonial zu verankern und darüber spezifische Transformationsstrategien zu legitimieren. Hierfür wurden die Nachhaltigkeitsstrategien von 27 deutschen Großstädten analysiert. Methodisch stützt sich die Untersuchung auf die Cultural Political Economy (CPE) in Kombination mit einer kritischen Diskursanalyse (CDA) (Fairclough 2013b).

Krise, Staat und Transformation

Die sozial-ökologische Krise wird zunehmend gravierender. Klimawandel, der Verlust an Biodiversität und wachsende Ungleichheiten führen zu einer Häufung von Krisenphänomenen, die den politischen Handlungsdruck kontinuierlich erhöhen (Dörre 2022). Krisen zeichnen sich durch eine Verdichtung und Diskontinuität verschiedener, teilweise widersprüchlicher Dynamiken und Entwicklungen aus (Pichler 2023). Sie verschärfen sich, wenn etablierte Muster zur Bewältigung struktureller Widersprüche und Krisentendenzen nicht mehr in der erwarteten Weise wirksam sind (Jessop/Oosterlynck 2008). Gleichzeitig bergen Krisen das Potenzial, bestehende Spannungen in der hegemonialen Ordnung zu vertiefen (Kalt 2024). In diesem Kontext können sie diskursive Räume für die Verhandlung radikalerer Veränderungsoptionen eröffnen (Jessop/Sum 2023). Dadurch schaffen Krisen die Bedingungen für das Entstehen von Kämpfen um Hegemonie (Kalt 2024), welche mit Konflikten über angemessene Strategien zur Bewältigung der Krise einhergehen (Jessop/Sum 2023).

Konkurrierende Krisennarrative und -lösungen ringen dabei um Deutungshoheit, welche sich wiederum unterschiedlichen Hegemonieprojekten zuschreiben lassen. »Als Hegemonieprojekte gelten Arrangements bestimmter Forderungen, Praktiken, Identitätsangebote, Deutungsrahmen und Gemeinwohlvorstellungen, die über einen gewissen Zeitraum miteinander verknüpft und wiederholt artikuliert werden« (Krüger 2022: 379). »Ein Projekt hat dann Hegemonie erreicht, wenn es den gesellschaftlichen Konsens prägt und die in ihm eingeschriebenen Partikularinteressen als Allgemeininteresse der Gesellschaft gelten« (ebd.). In diesem Prozess spielen staatliche Institutionen eine zentrale und eigenständige Rolle, sowohl auf gesellschaftlich-politischer als auch auf administrativer Ebene. Indem durch

strategische Selektivitäten bestimmte Wissensnarrative und Visionen und somit Krisen- bzw. Transformationsverständnisse ein- oder ausgeschlossen werden (Jessop 2016), können hegemoniale Strukturen gestützt oder in Frage gestellt werden (Blythe u.a. 2018). Gleichzeitig führen die Verflechtung und Ko-Existenz demokratischer Staaten mit kapitalistischen Strukturen dazu, dass staatliches Handeln mit hegemonialen Praktiken, Werten und Diskursen verknüpft bleibt, welche die vom Kapitalismus geprägten gesellschaftlichen Naturverhältnisse aufrechterhalten (Görg u.a. 2017). Essenziell sind zudem die Mobilisierung von Unterstützung und die Einbindung der Zivilgesellschaft in Hegemonieprojekte, um durch eine organisierte Zustimmung einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens zu erreichen (Jessop 2024; Fonseca 2024).

Aktuell zeichnen sich Konflikte zwischen verschiedenen Hegemonieprojekten ab, welche auf konkurrierende Transformationspfade setzen und von reaktionären Projekten über ein Beharren auf dem Status quo bis hin zu emanzipatorischen Ansätzen reichen (Sander 2022). Ein möglicher Pfad ist dabei auch eine Modernisierung des Kapitalismus in Form eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts (ebd.), wobei dessen Ausgestaltung beziehungsweise Reichweite auf unterschiedlichen Maßstabsebenen ebenfalls von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Aushandlungsprozessen um Transformation geprägt ist (siehe Beitrag von Nina Schlosser und Markus Wissen in diesem Band). In diesem Zusammenhang hat sich auch der Begriff Transformation von einer ursprünglich wissenschaftlichen und dabei ebenfalls durchaus kontrovers diskutierten und nicht einheitlich definierten Bezeichnung zu einem zentralen politischen Schlagwort gewandelt, das vielfältige gesellschaftliche Interessen und Machtkämpfe bündelt (Blythe u.a. 2018). Damit ein Hegemonieprojekt an Einfluss gewinnen kann, muss es zudem erfolgreich in der Umsetzung einer Reihe konkreter politischer Projekte sein. Diese politischen Projekte bilden das »politisch-strategische Terrain« (Kannankulam/Georgi 2012: 35), auf dem sich Hegemonieprojekte verdichten können. Aktuell wird das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt unter anderem durch ökomodernistische Ansätze vorangetrieben, die in verschiedenen politischen Projekten der internationalen Umweltpolitik und der EU-Umweltpolitik verankert sind (Hamilton/Ramcilovic-Suominen 2023).

Ökomodernistische Ansätze zielen darauf ab, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz durch technologische Innovationen und marktkonforme Instrumente zu harmonisieren, ohne die grundlegenden Strukturen des Kapitalismus wie Akkumulationsprozesse oder Externalisierungsmechanismen infrage zu stellen (Hausknost 2020). Dabei wird die Entkopplung von Wachstum und Umweltschäden durch technische Lösungen wie Effizienz- und Produktivitätssteigerungen angestrebt (Scerri/Holden 2014). Wirtschaftliches Wachstum und Ökologie widersprechen sich dabei nicht, vielmehr wird von einer positiven Wechselbeziehung ausgegangen. Ökologische Forderungen werden dabei zwar in den Diskurs in-

tegiert, jedoch ohne deren systemkritische Aspekte zu übernehmen (Krüger 2022). Bis heute haben ökomodernistische Ansätze sowie die damit verbundenen Bestrebungen einer weltweiten absoluten Entkopplung des Energie- und Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum keine ausreichende Wirkung erzielt (Hickel/Kallis 2020; Vadén u. a. 2020).

Auch die Agenda 2030 lässt sich als politisches Projekt des grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts auffassen, welches von Stadt- bzw. Gemeinderäten und Verwaltungen bevorzugt und selektiv ausgewählt wird. Sie beruht auf einem ökomodernistischen Paradigma, welches durch SDG 8 Wirtschaftswachstum in den Fokus rückt, auf Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen setzt, sowie die Inwertsetzung von natürlichen Ressourcen fordert (Weber/Weber 2020). Unterziel 8.2. soll beispielsweise eine »höhere wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, technologische Modernisierung und Innovation erreichen«, Unterziel 8.4. »die weltweite Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion Schritt für Schritt verbessern und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben« (Vereinte Nationen 2015: 21).

Forschungsfrage und Methodik

Um die Verschränkung des ökomodernistischen Ansatzes der Agenda 2030 mit dem grün-kapitalistischen Hegemonieprojekt nachzuvollziehen, wird die Analyse der durch kommunale Nachhaltigkeitsstrategien vermittelten Diskurse als Zugang gewählt. Konkret stellt sich die Frage, welche Krisen- und Lösungsnarrative sowie Transformationsverständnisse im Rahmen dieses Ansatzes geformt und verdichtet werden und wie diese sich in den Strategien und Politiken staatlicher Akteure, hier der Stadt- und Kommunalverwaltungen, ausdrücken. Methodisch basiert die Analyse auf einer Kombination der Cultural Political Economy (CPE) und der kritischen Diskursanalyse (CDA) (Fairclough 2013a, 2013b; Jessop 2024; Jessop/Sum 2023). Beide bieten einen Rahmen, um sowohl Krisen- und Lösungsnarrative als auch die diskursive Konstruktion der Hegemoniebildung spezifischer Transformationsnarrative zu erfassen (Fairclough 2013b).

Die Analyse im Rahmen der CPE erfolgt in Hinblick auf die narrative Plausibilität und die pragmatische Korrektheit der Krisenkonstruktionen (Jessop/Sum 2023). Narrative Plausibilität bezieht sich darauf, wie die Identifizierung und Erklärung der Symptome einer Krise von relevanten Kräften konstruiert wird. Die narrative Plausibilität basiert dabei stärker auf »persuasiven Elementen als auf apodiktischer Wahrheit« (ebd.: 44, eigene Übersetzung), wobei Fakten so ausgewählt oder selektiert werden, dass sie einer Gesamterzählung Glaubwürdigkeit verleihen und unbequeme Details ausblenden können (ebd.). Im Anschluss daran beschreibt pragmatische Korrektheit, wie über diese Konstruktionen mögliche

Zukünfte antizipiert und Handlungen angeleitet werden, die das vorliegende Problem konsequent und effektiv transformieren sollen (Jessop 2024). Auch in diesen Diskursen spielen strategische Selektivitäten eine Rolle. Beispielsweise gesetzte Zuständigkeiten und Handlungsgrenzen oder die Vermittelbarkeit an relevante Zielgruppen, welche sich wiederum auf die Fähigkeit auswirkt, Hegemonie zu erlangen (Jessop/Sum 2023). Die CDA ergänzt und erweitert diesen Ansatz, indem sie die diskursiven Prozesse der Hegemoniebildung hervorhebt. Laut Fairclough (2013b) entsteht Hegemonie, wenn Diskurse unter anderem durch Rekontextualisierung und Institutionalisierung zu neuen Selbstverständlichkeiten werden. Dies umfasst die selektive Wahl, Aneignung, zunehmende Reartikulation und somit »Verbreitung von sich abzeichnenden hegemonialen Diskursen über strukturelle Grenzen (e.g. zwischen Organisationen) und skalare Grenzen (e.g. von der lokalen zur nationalen oder internationalen Ebene oder umgekehrt)« (ebd.: 367, eigene Übersetzung).

Insgesamt wurden die kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien von 27 deutschen Großstädten analysiert. Sie wurden zwischen 2018 und 2023 durch Beschlüsse verabschiedet und veröffentlicht, wobei von einzelnen Städten mehrere Berichte mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten publiziert wurden. Alle Nachhaltigkeitsstrategien wurden im Rahmen der Agenda 2030 Prozesse erarbeitet oder an diese angepasst und fortgeschrieben. Strategien der Stadtstaaten wurden ausgenommen, da diese gleichzeitig die Funktion von Bundesländern erfüllen. Zudem wurden nur die aktuellsten Strategien in die Analyse einbezogen. Für die Auswertung wurde mit einem codierenden Verfahren gearbeitet, welches sich hauptsächlich auf die Analyse von (lemmatisierten) Schlüsselwörtern (e.g. »Transformation«, »Krise« oder »Herausforderung«) und einen Fokus auf spezifische Textstellen (e.g. Absätze, die sich mit der Krisenkonzeption oder dem Nachhaltigkeitsverständnis befassen) stützte (Schröter 2008). Für die Codierung wurde MAXQDA 24 verwendet.¹

Krisennarrativ und Transformationsverständnis

In den kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien wird sich auf vielfältige Herausforderungen, Krisen und Katastrophen bezogen. Dabei erfolgt eine grundlegende Unterscheidung zwischen Herausforderungen einerseits und akut auftretenden Kri-

1 Folgende Städte und ihre kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien wurden untersucht: Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Erlangen, Essen, Frankfurt a.M., Freiburg i.Br., Fürth, Hagen, Hannover, Heidelberg, Heilbronn, Herne, Ingolstadt, Karlsruhe, Kiel, Köln, Leverkusen, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Osnabrück, Remscheid, Solingen und Stuttgart. Eine detaillierte Übersicht der analysierten Strategien findet sich in Tabelle 1 im Anhang.

senerscheinungen andererseits. Als Herausforderungen werden insbesondere der Klimawandel, aber auch der Verlust der Biodiversität, Armut und soziale Ungleichheit, Flucht und Migration und der Umgang mit natürlichen Ressourcen thematisiert (vgl. Heilbronn 2020: 9; Köln 2022: 27; Remscheid 2021: 28). Hierbei erfolgt in den Strategien meistens eine simple Aneinanderreihung kommunaler Problemlagen, ohne differenzierter auf die Ursachen, Wechselwirkungen, Dringlichkeiten oder ungleichen Auswirkungen – insbesondere auf vulnerable Bevölkerungsgruppen innerhalb oder außerhalb der Kommune – einzugehen. Die Herausforderungen werden dabei in sich selbst begründet und losgelöst von Ursprüngen, Verursachungen oder systemischen Kontexten dargestellt. Des Weiteren werden die meisten Herausforderungen nicht als (akute) Krisen im engeren Sinne eingestuft. Als solche gelten vielmehr die Covid-19-Pandemie und der Ukrainekrieg sowie die daraus resultierende Wirtschafts- und Energiekrise (vgl. Hannover 2020b: 7; Heidelberg 2023: 6). Sozioökonomische Krisenerscheinungen werden in den Strategien in den Fokus gerückt, während ökologische Krisenerscheinungen kaum explizit als solche benannt werden. Einzig der Klimawandel wird von drei Städten explizit als Krise eingestuft (vgl. Stuttgart 2023; Frankfurt 2020; München 2022). Zudem sehen einzelne Städte eine Gefahr, dass durch die akuten Krisen »die Gefahren des Klimawandels und die ökologischen Krisen [...] in den Hintergrund [geraten]« (Mannheim 2022: 4). Trotz einzelner Verweise auf Zusammenhänge zeigt die Analyse, dass ähnlich wie bei den Herausforderungen Krisenerscheinungen wenig aufeinander bezogen oder in einen Zusammenhang gerückt werden.

Gleichzeitig werden die Herausforderungen und Krisen als weltweit gleichermaßen auftretende Erscheinungen und darüber als ein universelles Problem konstruiert (vgl. e.g. Hannover 2020a: 10; Dortmund 2022: 4). Basierend auf dieser Wahrnehmung als ein die Weltgemeinschaft betreffendes Problem wird auch die Problembewältigung konsequent als eine Aufgabe dargestellt, die »nur gemeinsam lösbar [sei]« (Osnabrück 2020: 5) und für die »alle einen Beitrag leisten [müssen]« (Kiel 2022: 59). Entsprechend vermag es »kein Kontinent und keine Nation [...] allein, diesen Herausforderungen zu begegnen« (Mannheim 2021: 4). An dieser Stelle wird die Agenda 2030 in den kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien als zentraler Lösungsansatz für die globalen Krisen und Herausforderungen positioniert, welcher die erforderlichen Nachhaltigkeitsbestrebungen fördere und strukturiere (vgl. Bielefeld 2021: 10; Karlsruhe 2021: 3). Sie diene »vor dem Hintergrund multipler globaler Krisen« (Kiel 2022: 8) »als Grundlage und Orientierung für ein nachhaltiges Leben und Wirtschaften« (Ingolstadt 2021: 10). Entsprechend nutzen »weltweit und bundesweit [...] immer mehr Kommunen die Agenda 2030 nicht nur als Instrument für ihre strategische Stadtentwicklungsplanung, [sondern] auch zur Bewältigung aktueller Herausforderungen« (Stuttgart 2023: 251). Insofern unterstreicht die Verabschiedung der Agenda 2030 nicht nur »die Erkenntnis, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen« (Nürnberg 2020: 5), vielmehr

ließe sich durch die Umsetzung der SDGs einer »globalen Verantwortung« (Essen 2021: 43; Leverkusen 2021: 5) gerecht werden.

Mit der Implementierung der Agenda 2030 als Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen und Krisen wird zudem Transformation als Leitprinzip in den Vordergrund gestellt, welches »weltweit« (Kiel 2022: 8) vorangebracht werden soll. Dabei wird der Transformationsgedanke als zentrales Element verankert und von der Agenda 2030 getragen, welche »mit ihren nachvollziehbaren, anschlussfähigen Zielen« (Stuttgart 2023: 258) als universelles Rahmenwerk ebendiese »weltweite Transformation in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung« (Solingen 2018: 7) anstoßen soll. Die SDGs dienen als Kompass, der »den globalen gesellschaftlichen Transformationsprozess in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung weist« (Nürnberg 2020: 7). Dabei hängt das »Gelingen einer nachhaltigen globalen Transformation« maßgeblich von der konsequenten Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene ab, wobei »die lokale Umsetzung der SDGs in ihrer Gesamtheit [...] über die Tragfähigkeit der Veränderung« entscheidet (Nürnberg 2020: 7).

In diesem Zusammenhang werden zudem die Notwendigkeit und Bedeutung von Partnerschaften mit einer Vielzahl von lokalen und bundesweiten Akteuren wie auch internationaler Kooperationen betont, um die Ziele der Agenda 2030 und somit eine Transformation zu erreichen. Diese sei nur über ein Zusammenwirken und eine »gemeinsame [...] Anstrengung« zu erzielen, wobei »jede und jeder Einzelne [...] seinen Beitrag leisten [müsse]« (Düsseldorf 2022: 2). Dieses »konstruktive Zusammenspiel« (Freiburg i.Br. 2022: 7) soll die nachhaltige Transformation beschleunigen. Entsprechend setzen sich die Städte »aktiv für die Vernetzung und Mobilisierung der verschiedenen Akteure« (Stuttgart 2023: 258) ein, denn nur so könne »eine nachhaltige Transformation unserer Städte gelingen« (Bonn 2022: 5).

Die Umsetzung der SDGs in ihrer Gesamtheit umfasst zwangsläufig auch die Ziele und Unterziele die eine Transformation vor allem über Wirtschaftswachstum – und nicht beispielsweise über Umverteilung – fokussieren. »Wirtschaftliches Wachstum gilt als eines der Hauptziele staatlicher Wirtschaftspolitik« (Bonn 2022: 96). Dabei trage Wirtschaftswachstum nicht nur »maßgeblich zur Bekämpfung von Armut bei« (Frankfurt 2022: 79), sondern sichere die »dauerhafte Handlungsfähigkeit der Kommune« (Ingolstadt 2021: 42). Entsprechend habe auch das »zukünftige Wirtschaftswachstum [...] im Sinne der Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz« (Erlangen 2020: 70).

Gleichzeitig erkennt ein Teil der Städte, dass ein »unendliches, unbegrenztes materielles Wachstum [...] auf unserem Planeten mit seinen begrenzten Ressourcen nicht möglich [ist]« (München 2022: 2). Vielmehr ist »Wirtschaftswachstum [...] hauptverantwortlich für globale Umweltveränderungen« (Münster 2018: 63). Entsprechend stehen die »unterschiedlichen SDGs [...] teilweise untereinander in einem Spannungsverhältnis, [...] beispielsweise SDG 8/9 (Wirtschaftswachstum und Ausbau der Infrastruktur) und SDG 11 (Verringerung von Umweltbelastungen

in Städten« (Nürnberg 2018: 135). Im Zuge dessen wird die Frage in den Raum gestellt, wie Städte »ein qualitatives Wirtschaftswachstum unter Minimierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbeeinträchtigung sowie unter Berücksichtigung sozialer Aspekte erzielen [können]« (Münster 2018: 32). Als Antwort darauf, und um dem Zielkonflikt zu begegnen, wird hierbei ausschließlich auf die »Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung« (Stuttgart 2023: 125) gesetzt. Diese Entkopplung soll u.a. durch »Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion« (Erlangen 2020: 32) bzw. »durch die Verbesserung der Ressourcennutzung« (Fürth 2022: 36) wie auch durch nicht genauer definierte »wirtschaftspolitische Strategien und Maßnahmen« (Nürnberg 2018: 71) gelingen. Dabei soll das »Wirtschaftswachstum [...] langfristig die Entwicklung sparsamer Technologien an[kurbeln]«, auch wenn dies »kurzfristig [...] für höhere Emissionen [sorge]« (Münster 2018: 57). Diesem Ansatz folgend konzentrieren sich die Städte vorwiegend auf die Modernisierung spezifischer Sektoren (insbesondere in den Bereichen Verkehr, Energie und Stadtentwicklung). Des Weiteren wird auf marktkonforme Instrumente, bzw. marktbasierende Lösungen, beispielsweise im Rahmen fairer Beschaffung gesetzt. Dabei verfüge die öffentliche Hand »über eine starke Marktmacht, welche sie nutzen kann, um umweltpolitische Ziele oder faire Arbeitsbedingungen zu fördern« (Hannover 2020c: 51).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die untersuchten Städte ein weitgehend ähnliches Verständnis von Krisen (bzw. Herausforderungen) und Transformation aufweisen. Sie versuchen durch die lokale Umsetzung der Agenda 2030 den weltweiten Krisen und Herausforderungen zu begegnen und einer globalen Verantwortung gerecht zu werden. Unterschiede zeigen sich teilweise in Bezug auf die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichem Wachstum: Während ein Teil der Kommunen dieses nicht grundsätzlich infrage stellt, erkennen andere Städte die Problematik unbegrenzten Wachstums an. Dennoch fokussiert auch dieser Teil ausschließlich die Optimierung des Wachstums durch eine Entkopplung von Umweltbelastungen.

Krisenkonstruktion und Lösungskonzeption

Ausgangspunkt der Analyse war die Frage, welche Krisen- und Lösungsnarrative sowie Transformationsverständnisse im Rahmen des ökomodernistischen Ansatzes der Agenda 2030 geformt und verdichtet werden. Die folgende Interpretation im Rahmen der CPE konzentriert sich auf die narrative Plausibilität und pragmatische Korrektheit, die als zentrale Konzepte dienen, um die Krisenkonstruktion und die daraus abgeleiteten Handlungslogiken nachzuvollziehen. Ergänzt wird dieser Ansatz durch die CDA, welche die Rekontextualisierung und Institutionalisierung von Diskursen als Mechanismen der Hegemoniebildung hervorhebt.

Hinsichtlich der narrativen Plausibilität der Krisenkonstruktion, das heißt der Identifizierung und Erklärung von Krisensymptomen durch Stadtverwaltungen und -politik, zeigt sich, dass unbequeme Details wie lokale und globale Ungleichheiten in Bezug auf Verursachung oder Betroffenheit sowie strukturelle Ursachen der Krisen weitgehend und systematisch ausgeblendet werden. Dazu zählen insbesondere die Rolle des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seine inhärenten Wachstums- und Akkumulationsprozesse, die sich nicht innerhalb planetarer Grenzen verwirklichen lassen, sowie damit einhergehende Externalisierungsmechanismen (Lessenich 2016). Die Analyse der Ursachen und Symptome lokaler und globaler Herausforderungen erfolgt entsprechend isoliert, ohne ihre sozio-ökonomische Einbettung oder die gesellschaftlichen Naturverhältnisse ausreichend zu berücksichtigen. Infolgedessen fehlt es den Strategien an einem umfassenden Verständnis der sozial-ökologischen Krise. Somit wird auch die Notwendigkeit tiefgreifender struktureller Veränderungen in den Hintergrund gedrängt. Stattdessen wird selektiv benannt, was als akute Krise (e.g. die Covid-19-Pandemie) und was als schlichte Herausforderung (e.g. der Verlust von Biodiversität) gilt, wobei dem Ausmaß ökologischer Krisenerscheinungen und der Dringlichkeit zur Bewältigung ebendieser nur wenig Rechnung getragen wird.

Ein plausibles Narrativ zieht sich hier insofern weiter durch, als dass die Verantwortung für die Bewältigung der Problemlagen nicht nur auf die gesamte Stadtgesellschaft, sondern auf eine globale Weltgemeinschaft übertragen wird und letztendlich ebenso externalisiert wird. In Bezug auf die Verantwortung der gesamten Stadtgesellschaft wird ein Wir konstruiert, welches lokale Vulnerabilitäten und Handlungsmöglichkeiten selektiv ausblendet (vgl. Essletzbichler u.a. 2023). Die Darstellung der Krisen und Herausforderungen als primär globales und damit gemeinsames Problem verschleiert zudem, dass sowohl die Verursachung und Verantwortung als auch die Auswirkungen und Betroffenheit weltweit höchst unterschiedlich verteilt und ausgeprägt sind (Ngcamu 2023). Infolgedessen bleiben diesbezüglich bestehende globale Ungleichheiten weitgehend unberücksichtigt, was letztendlich erst ermöglicht, ebendiese Krisen und Herausforderungen als globales und somit gemeinsames Problem zu konstruieren. In diesem Zuge wird, ebenfalls im Sinne der narrativen Plausibilität, die Agenda 2030 überzeugend und nachvollziehbar als »der« Lösungsansatz und »die« Krisenbewältigungsstrategie positioniert, welche aufgrund ihres universellen Ansatzes den weltweiten Krisen und Herausforderungen begegnen könne.

Die pragmatische Korrektheit der Lösungskonzeption – also die Fähigkeit dieser Konstruktionen, mögliche Zukünfte zu antizipieren und Handlungen anzuleiten – wird in den Strategien insofern sichtbar, als dass diese mit und durch die Umsetzung der SDGs Lösungen und Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Zukunft präsentieren. Die Strategien fungieren als Grundlage und Rechtfertigung für stadtpolitische Maßnahmen, welche die sozialen und ökologischen Herausforde-

rungen und Krisen wirksam adressieren sollen. Die Agenda soll, so die Hoffnung, die vorliegenden Probleme, beispielsweise durch die Entkopplung von Wachstum und Umweltbelastung, effektiv transformieren.

Dies führt dazu, dass der Transformationsbegriff nicht explizit definiert, sondern durch die Inhalte und Zielsetzungen der Agenda 2030 selbst bestimmt und begründet beziehungsweise mit genau diesen Bedeutungen gefüllt wird. Somit beschreiben letztendlich die Ziele und Inhalte der Agenda 2030 – inklusive ihres Fokus auf Wirtschaftswachstum und Entkopplung –, was unter Transformation verstanden wird. Darüber wird das Transformationsverständnis direkt an die SDGs gebunden und über deren Inhalte – und die darin enthaltenen Ziele – operationalisiert. Der Transformationsbegriff verflacht in den kommunalen Strategien somit zu einem Leitprinzip, welches Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit nicht ausschließt, keine Analyse der strukturellen Ursachen zulässt oder tiefgreifende Veränderungen fokussiert. Blythe u.a. (2018) haben auf die Gefahr einer solchen Bedeutungsverschiebung hingewiesen, bei der der Transformationsbegriff durch seine Einbindung in Policydiskurse seine radikale Dimension verliert. Die analysierten städtischen Nachhaltigkeitsstrategien verdeutlichen diese Problematik: Statt eine gesamtgesellschaftliche Problemanalyse zuzulassen und grundlegende Lösungen zu adressieren, konzentrieren sich die Strategien vorwiegend auf die Modernisierung spezifischer Sektoren und marktkonforme Instrumente. Transformation kann in diesem Kontext entsprechend nicht im Sinne eines radikalen Wandels verstanden werden.

Die pragmatische Korrektheit der Lösungskonzeption zeigt sich zudem in den lokal gesetzten Zuständigkeiten und der Vermittelbarkeit des Transformationsverständnisses bzw. der SDGs an relevante Zielgruppen. Dabei wird nicht nur die Verantwortung der Umsetzung auf die gesamte Stadtgesellschaft übertragen, sondern durch die Ansprache bzw. Appelle und die Benennung bestehender sowie anvisierter Einbindungen ebendieser ein breit getragener Konsens angestrebt. Netzwerke und strategische Partnerschaften werden als Möglichkeiten beschrieben, durch welche die anschlussfähigen Ziele der Agenda 2030 sowie das ihr zugrunde liegende Nachhaltigkeitsverständnis vermittelt werden können. Hier sollen nicht-staatliche Akteure in die Reproduktion und Verbreitung des ökomodernistischen politischen Projekts und seiner Diskurse eingebunden werden. Diese Ansprache und anvisierte Einbeziehung privater und zivilgesellschaftlicher Akteure zielt auf eine organisierte Zustimmung ab, bei der die SDGs als gemeinsames Anliegen vermittelt werden. Das in den kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien konstruierte Transformationsverständnis soll so in der Zivilgesellschaft verankert und eine grün-kapitalistische Ordnung gestärkt und legitimiert werden.

Die zeitgleiche Implementierung der Agenda 2030 in verschiedenen Städten und die damit einhergehende Rekontextualisierung und Institutionalisierung der Diskurse über administrative Grenzen hinweg trägt zur Verbreitung eines spezi-

fischen, von seinen strukturellen Ursachen losgelösten Krisenverständnisses und einem an die Agenda 2030 angepassten Transformationsbegriffs bei. So wird der ökomodernistische Ansatz, welcher in der Agenda 2030 verankert ist und von den Kommunen selektiv ausgewählt wird, durch seine wiederholte Verwendung zu einer neuen Selbstverständlichkeit in der kommunalen Praxis und trägt darüber zur Festigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts bei.

Einfluss der Agenda 2030 auf das grün-kapitalistische Hegemonieprojekt

Ziel dieser Arbeit war zu untersuchen, wie staatliche Akteure, insbesondere Stadtverwaltungen und -politik, die sozial-ökologische Krise in ihren Nachhaltigkeitsstrategien interpretieren und welche Lösungsansätze sie verfolgen. Im Fokus stand die Frage, ob Städte und Kommunen über ihre Agenda 2030 Prozesse und kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien zur Verfestigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts beitragen. Dabei wurde aufgezeigt, wie spezifische Krisen- und Lösungsnarrative konstruiert und etabliert und spezifische Transformationsstrategien legitimiert werden.

Die Analyse zeigt, dass Stadtverwaltungen und -politik durch selektive Adaption und Implementierung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene ein Transformationsverständnis fördern, welches auf eine Modernisierung des Kapitalismus setzt. Entsprechend spielen diese staatlichen Akteure eine zentrale Rolle bei der Verfestigung eines grün-kapitalistischen Hegemonieprojekts. Sie vermitteln und prägen durch ihren Bezug auf die Agenda 2030 eine bestimmte Vorstellung von Transformation, welche sich nicht nur in das öffentliche Handeln einschreibt, sondern in den Stadtgesellschaften verankert werden soll.

So wie globale und nationale Debatten und Strategien zunehmend an den Zielen der Agenda 2030 ausgerichtet werden (Biermann u.a. 2022), formt sich auf lokaler Ebene und städteübergreifend ein vereinheitlichter Diskurs, der das ökomodernistische Narrativ vielfach verankert. Diskurse entfalten besondere Macht, wenn sie sich über mehrere Ebenen und Standorte erstrecken und damit in ein umfassenderes Hegemonieprojekt integrieren (Jessop/Oosterlynck 2008). Die Agenda 2030 dient dabei als Orientierungspunkt, der explizit ökomodernistische und gleichzeitig international anerkannte Ziele setzt, welche die Nachhaltigkeitsstrategien auf lokaler Ebene strukturieren und legitimieren. Dabei fungiert sie als globaler Rahmen, der die Herausforderungen und Krisen als weltweite bzw. universelle Probleme darstellt und die Verantwortung zur Bewältigung kollektiviert.

Dies entspricht einem (internationalen) Hegemonieprojekt, welches darauf ausgerichtet ist, den gesellschaftlichen Konsens zu prägen und die ihm eingeschriebenen Partikularinteressen als Allgemeininteresse einer (globalen) Gesellschaft geltend zu machen. Hier zeigt sich die besondere Fähigkeit internationaler

Organisationen (wie der UN), bestimmten Hegemonieprojekten Vorschub zu leisten bzw. diese zu stärken, indem sie »eine systemweite Perspektive einnehmen, die nicht mit den Interessen eines bestimmten Staates oder bestimmter privater kapitalistischer Interessen identisch ist« (Cammack 2003 zitiert in Brand u.a. 2011: 164, eigene Übersetzung). Ein solcher Mechanismus ist bei der Lokalisierung der Agenda 2030 zu beobachten. Dabei fungiert die Agenda 2030 einerseits als Ansatz, dessen Inhalte lokal operationalisiert werden können, was den Städten ermöglicht, eine eigene, ihren Interessen entsprechende Form der Transformation umzusetzen. Andererseits liefert sie technische und marktkonforme Lösungen, Zielvorgaben und Narrative, die den vorherrschenden Strukturen entgegenkommen. Auf diese Weise wird der Begriff der Transformation auf eine Anpassung reduziert, die zwar radikal klingt, letztlich aber in erster Linie zu einer Modernisierung des Kapitalismus beiträgt (Hamilton/Ramcilovic-Suominen 2023; Telleria/Garcia-Arias 2022). Transformation wird somit nicht als systemische Neuausrichtung verstanden, sondern als Justierung des Bestehenden.

Wenn Städte ihrer Rolle als Schlüsselorte der Transformation gerecht werden sollen, ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Agenda 2030 und ihrem Transformationsbegriff unabdingbar. Zugleich müssen Stadtverwaltungen und -politik Wege jenseits des ökomodernistischen bzw. grün-kapitalistischen Paradigmas finden. Dies könnte Ansätze umfassen, die auf Umweltgerechtigkeit, Suffizienz, Dekommodifizierung, Demokratisierung und somit tatsächliche systemische Veränderungen abzielen. Nur durch eine solche Neuorientierung kann eine tiefgreifende, sozial gerechte und nachhaltige Transformation erreicht werden, die den strukturellen Ursachen der sozial-ökologischen Krise wirksam begegnet.

Literatur

- Angelo, Hillary/Wachsmuth, David (2020): Why does everyone think cities can save the planet? In: *Urban Studies* 57(11): 2201–2221. DOI: <https://doi.org/10.1177/0042098020919081>.
- Biermann, Frank u.a. (2022): Scientific evidence on the political impact of the Sustainable Development Goals. In: *Nature Sustainability* 5(9): 795–800. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00909-5>.
- Blythe, Jessica u.a. (2018): The Dark Side of Transformation: Latent Risks in Contemporary Sustainability Discourse. In: *Antipode* 50(5): 1206–1223. DOI: <https://doi.org/10.1111/anti.12405>.
- Brand, Ulrich u.a. (2011): Second-Order Condensations of Societal Power Relations: Environmental Politics and the Internationalization of the State from a Neopoulantzian Perspective 1. In: *Antipode* 43(1): 149–175. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1467-8330.2010.00815.x>.

- Cammack, Paul (2003): The Governance of Global Capitalism: A New Materialist Perspective. In: *Historical Materialism* 11(2): 37–59. DOI: <https://doi.org/10.1163/156920603768311228>.
- Dörre, Klaus (2022): Alle reden vom Klima (14.1.2022). URL: <https://www.bpb.de/schule/hochschule/zeitschriften/apuz/green-new-deals-2022/345723/alle-reden-vom-klima/>, Zugriff: 26.1.2025.
- Eisenmenger, Nina u.a. (2020): The Sustainable Development Goals prioritize economic growth over sustainable resource use: a critical reflection on the SDGs from a socio-ecological perspective. In: *Sustainability Science* 15(4): 1101–1110. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11625-020-00813-x>.
- Essletzbichler, Jürgen u.a. (2023): Kapitel 17. Soziale und räumliche Ungleichheit. In: Görg, Christoph u.a. (Hg.): *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben*. Berlin, Heidelberg: 481–497. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_21.
- Fairclough, Norman (2013a): Critical Discourse Analysis. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781315834368>.
- Fairclough, Norman (2013b): Critical discourse analysis and critical policy studies. In: *Critical Policy Studies* 7(2): 177–197. DOI: <https://doi.org/10.1080/19460171.2013.798239>.
- Fonseca, Marco (2024): State, capital and civil society. In: Carroll, William K. (Hg.): *The Elgar Companion to Antonio Gramsci*: 136–151. DOI: <https://doi.org/10.4337/9781802208603.00015>.
- Görg, Christoph u.a. (2017): Challenges for Social-Ecological Transformations: Contributions from Social and Political Ecology. In: *Sustainability* 9(7): 1045. DOI: <https://doi.org/10.3390/su9071045>.
- Hamilton, Rachel Tome Valencia/Ramcilovic-Suominen, Sabaheta (2023): From hegemony-reinforcing to hegemony-transcending transformations: horizons of possibility and strategies of escape. In: *Sustainability Science* 18(2): 737–748. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11625-022-01257-1>.
- Hausknost, Daniel (2020): The environmental state and the glass ceiling of transformation. In: *Environmental Politics* 29(1): 17–37. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2019.1680062>.
- Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2020): Is Green Growth Possible? In: *New Political Economy* 25(4): 469–486. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598964>.
- Jessop, Bob (2016): *The State. Past, Present, Future*. Cambridge, UK/Malden, MA, USA.
- Jessop, Bob (2024): Hegemonic projects and cultural political economy. In: Carroll, William K. (Hg.): *The Elgar Companion to Antonio Gramsci*: 261–278. DOI: <https://doi.org/10.4337/9781802208603.00024>.

- Jessop, Bob/Oosterlynck, Stijn (2008): Cultural political economy: On making the cultural turn without falling into soft economic sociology. In: *Geoforum* 39(3): 1155–1169. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2006.12.008>.
- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2023): The cultural political economy approach to public policy. In: Scherrer, Christoph u. a. (Hg.): *Handbook on Critical Political Economy and Public Policy*: 36–48. DOI: <https://doi.org/10.4337/9781800373785.00011>.
- Kalt, Tobias (2024): Transition conflicts: A Gramscian political ecology perspective on the contested nature of sustainability transitions. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 50: 100812. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.eist.2024.100812>.
- Kannankulam, John/Georgi, Fabian (2012): Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das »Staatsprojekt Europa«. Marburg.
- Krüger, Timmo (2022): Hegemonie. In: Gottschlich, Daniela u. a. (Hg.): *Handbuch Politische Ökologie*: 377–384. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783839456279-035>.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München.
- Ngcamu, Bethuel Sibongiseni (2023): Climate change effects on vulnerable populations in the Global South: a systematic review. In: *Natural Hazards* 118(2): 977–991. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11069-023-06070-2>.
- Pichler, Melanie (2023): Political dimensions of social-ecological transformations: polity, politics, policy. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 19(1). DOI: <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2222612>.
- Sander, Hendrik (2022): *Auf der Schwelle zum grünen Kapitalismus? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland*. Berlin.
- Scerri, Andy/Holden, Meg (2014): Ecological Modernization or Sustainable Development? Vancouver's Greenest City Action Plan: The City as »manager« of Ecological Restructuring. In: *Journal of Environmental Policy & Planning* 16(2): 261–279. DOI: <https://doi.org/10.1080/1523908X.2013.836962>.
- Schröter, Melani (2008): Discourse in a Nutshell: Key Words in Public Discourse and Lexicography. In: *GFL German as a foreign language* (2): 42–57.
- Telleria, Juan/Garcia-Arias, Jorge (2022): The fantasmatic narrative of »sustainable development«. A political analysis of the 2030 Global Development Agenda. In: *Environment and Planning C: Politics and Space* 40(1): 241–259. DOI: <https://doi.org/10.1177/23996544211018214>.
- Vadén, T. u. a. (2020): Decoupling for ecological sustainability: A categorisation and review of research literature. In: *Environmental Science & Policy* 112: 236–244. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2020.06.016>.

Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015.

Weber, Heloise/Weber, Martin (2020): When means of implementation meet Ecological Modernization Theory: A critical frame for thinking about the Sustainable Development Goals initiative. In: World Development 136: 105129. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2020.105129>.

Anhang

Tabelle 1: Korpus – Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien

Stadt	Jahr	Titel der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie	Referenz
Bielefeld	2021	Nachhaltigkeitsstrategie Stadt Bielefeld	Bielefeld 2021
Bonn	2022	Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Bonn nach dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune. Agenda 2030 auf der lokalen Ebene	Bonn 2022
Dortmund	2022	Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Dortmund 2022 nach dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK) im Kontext der Agenda 2030	Dortmund 2022
Düsseldorf	2022	Nachhaltigkeitsbericht 2022 – Düsseldorf – Nähe trifft Freiheit	Düsseldorf 2022
Erlangen	2020	Global Denken Lokal Handel. Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Erlangen.	Erlangen 2020
Essen	2021	Essener Nachhaltigkeitsstrategie	Essen 2021
Frankfurt a.M.	2020	Stadt Frankfurt a.M. – Nachhaltigkeitsbericht 2020	Frankfurt a.M. 2020
Freiburg i.Br.	2022	5. Freiburger Nachhaltigkeitsbericht 2022. Informations- und Steuerungsgrundlage für Entscheidungsträger_innen	Freiburg i.Br. 2022
Freiburg i.Br.	2022	Nachhaltigkeit in Freiburg. Ziele, Taten, Ideen. Nachhaltigkeitsbericht für Bürger_innen	
Fürth	2022	Nachhaltigkeitsstrategie Stadt Fürth	Fürth 2022
Hagen	2021	Nachhaltigkeitsstrategie Stadt Hagen	

Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Überblick und Ausblick – Band 1	Hannover 2020a
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Ökologie – Band 2	
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Ökonomie – Band 3	Hannover 2020b
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Soziales – Band 4	
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Kultur – Band 5	
Hannover	2020	Nachhaltigkeitsbericht 2020 – Dimension Governance – Band 6	Hannover 2020c
Heidelberg	2023	Statusbericht Stadtentwicklungskonzept 2035	Heidelberg 2023
Heilbronn	2020	Bericht zur nachhaltigen Entwicklung von Heilbronn	Heilbronn 2020
Herne	2021	Nachhaltigkeitsstrategie Stadt Herne	
Ingolstadt	2021	Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Ingolstadt	Ingolstadt 2021
Karlsruhe	2021	Karlsruher Nachhaltigkeitsbericht 2021. Global denken, lokal handeln – eine Bestandsaufnahme	Karlsruhe 2021
Kiel	2022	Voluntary Local Review Kiel 2022	Kiel 2022
Köln	2022	Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Köln 2022 nach dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK) im Kontext der Agenda 2030	Köln 2022
Leverkusen	2021	Stadt Leverkusen Nachhaltigkeitsstrategie	Leverkusen 2021
Mannheim	2021	Leitbild Mannheim 2030	Mannheim 2021
Mannheim	2022	Jahresbericht 2022 der Stadt Mannheim	Mannheim 2022
München	2022	Nachhaltigkeitsbericht München 2022 – Indikatoren, Herausforderungen und Handlungspotentiale	München 2022
Münster	2018	Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030	Münster 2018
Nürnberg	2018	Nürnberg nachhaltig. 4. Bericht zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Nürnberg (2015–2017)	Nürnberg 2018
Nürnberg	2020	Nürnberg nachhaltig. So setzen wir die SDGs in der Stadtverwaltung um.	Nürnberg 2020

Osnabrück	2020	Agenda 2030 vor Ort. Stadt Osnabrück. Auf dem Weg zu einer Global Nachhaltigen Kommune	Osnabrück 2020
Osnabrück	2020	Strategische Ziele der Stadt Osnabrück 2021 bis 2030	
Remscheid	2021	Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Remscheid	Remscheid 2021
Solingen	2018	Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen	Solingen 2018
Stuttgart	2023	Lebenswertes Stuttgart – Die globale Agenda 2030 auf lokaler Ebene. 3. Bestandsaufnahme auf Grundlage von Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals (SDGs).	Stuttgart 2023

